

Beitrag „Gegen Hass, Hetze und gegen die Untergrabung unserer Demokratie durch die AfD“, Demo in Bretten am 3.02.24



Bei Facebook im „Brettener Forum“, am Infostand auf dem Marktplatz, bei Gesprächen in der Kantine: man hat immer häufiger den Eindruck, von Wütenden und Enttäuschten umgeben zu sein.

Und diese Wut greift um sich, reicht immer weiter in die so genannte Mitte der Gesellschaft hinein. Beklagt wird eine tatsächliche oder vermeintliche Ungerechtigkeit, die Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen, egal ob im Gemeinderat oder im Bundestag, die Einschränkung der Meinungsfreiheit und „dass man ja nicht mehr sagen dürfe, was man denkt“. Das individuelle Bedürfnis wird zum Maßstab aller Dinge.

Und immer mehr Menschen scheinen damit das Recht zu verbinden, ihre Unzufriedenheit und ihren Zorn bar jedes Anstands, jeder Empathie und jeden Respekts über die ihrer Meinung nach Verantwortlichen auszukübeln, sie zu bedrohen, ihnen gar den Tod zu wünschen.

Das richtet sich dann an den oder die Bürgermeisterin, an die Rettungssanitäterin, den Busfahrer oder gleich an ganze Gruppen wie Migranten, Politikerinnen, Arbeitslose, Schwule und Juden. Man kann diese Liste inzwischen noch lange fortführen.

Die AfD möchte Teile unserer Mitbürger*innen gar „remigrieren“, d.h. übersetzt ausweisen und deportieren. Dies entspricht exakt dem völkischen Politikverständnis der NSDAP. Und wenn die AfD eine Regierungsmehrheit hat, ist es für sie ein leichtes, ihre Vorhaben in die Tat umzusetzen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt: Die Nationalsozialisten wollten 1940 alle Juden nach Madagaskar deportieren. Das war die Stufe vor dem Holocaust.

Ja, es gibt Gründe, Missstände in der Gesellschaft, politische Fehler und Irrtümer oder individuelles Fehlverhalten aufzuzeigen, das ist überhaupt keine Frage. Ebenso selbstverständlich ist es, dass die Lösungen für Probleme, seien es die großen Themen wie die Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe oder die kleinen, wie die Planung einer Gartenschau, unterschiedlich bewertet und dementsprechend andere Lösungen vorgeschlagen werden.

Strategie der AfD ist es, die Institutionen unseres Staates verächtlich zu machen und zu untergraben. Deshalb ist es gut, zu überlegen, das Bundesverfassungsgericht vor politischer Instrumentalisierung zu schützen. Methode der AfD war es von Anfang an, die Menschen in ständiger Aufregung zu halten und politische Entscheidungen zu skandalisieren. Wer aufgeregt ist, den kann man leicht manipulieren. Polemisches Keifen oder gar der Ruf nach einer Diktatur bringen uns aber keinen Millimeter weiter, sondern einzig zivilisiertes Streiten mit kühlem Kopf. Ein übler Kommentar in den sozialen Medien hat die Welt noch nie besser gemacht.

Inzwischen wehren sich die Menschen millionenfach gegen rechte Parolen. Die Wahlbeteiligung steigt und verhindert AfD-Wahlsiege – wie zuletzt bei der Landratswahl im Saale-Orlakreis. Das ist der Weg, die Rechten klein zu halten. Wir Demokraten sind die Mehrheit, sie sind die Minderheit. Dies müssen wir zeigen – und zwar auch in Wahlen!

Wir GRÜNEN setzen mit euch zusammen:

- ein klares Zeichen gegen rechte Parteien und Hassparolen,
- ein Zeichen für fundierte Diskussionen statt gefühlter Wahrheiten
- ein Zeichen für Vielfalt, Akzeptanz und Humanität.
- ein Zeichen für den Zusammenhalt, in Bretten und anderswo.

Lasst uns gemeinsam den Kampf gegen die Feinde einer offenen Gesellschaft führen!

Lasst uns gemeinsam eine respektvolle und demokratische Zukunft verwirklichen.